

Heinz Lynen von Berg

Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus

Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa ist ein Niedergang der Volksparteien zu beobachten. In diesem Beitrag liegt der Fokus auf dem Niedergang der SPD und ihren Bemühungen, den Rechtspopulismus zu bekämpfen. Die letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben gezeigt, dass die SPD über keine breite Wählerbasis mehr verfügt und den Nimbus einer Volkspartei endgültig verloren hat. Insbesondere an die Grünen verliert sie vor allem die gut situierten und kosmopolitisch eingestellten Wähler/innen der (oberen) Mittelschicht und an die AfD die Wähler/innen aus den sozial deklassierten Milieus und der unteren Mittelschicht; diejenigen also, die von sozialem Abstieg betroffen sind oder diesen befürchten. Die Gründe für den Niedergang der SPD als Volkspartei können in diesem Beitrag nicht in der vollständigen Breite erörtert werden. Es soll vielmehr versucht werden, den Bindungsverlust der SPD zu ihren ehemaligen Kernwählern/chaften, den Arbeiter/innen und weniger privilegierten Bevölkerungsteilen, und den damit zusammenhängenden Aufstieg der AfD zu beleuchten. So stellt die AfD neben den Grünen für die SPD eine immer stärker werdende politische Konkurrenz auf dem Wähler- und Aufmerksamkeitsmarkt dar. Dabei macht die AfD der SPD den Anspruch streitig, die Partei der sozial Benachteiligten und »Abgehängten« zu sein, womit sie die Wählerbasis der SPD von rechts untergräbt. Die SPD ist aber nicht nur aus eigenem parteipolitischen Interesse gefordert, der AfD programmatisch-konzeptionell und politisch-praktisch etwas entgegenzusetzen. Die SPD war in den letzten 60 Jahren eine stabile und verlässliche Größe der westdeutschen und später auch gesamtdeutschen Demokratie. Mit ihrer *potenziellen* Bindungskraft der sozial benachteiligten Bevölkerungsteile und ihrer bundesrepublikanischen Geschichte als »Partei des sozialen Ausgleichs« kommt ihr eine besondere Verantwortung für die Stabilität der parlamentarischen Demokratie zu. Ihr Niedergang von knapp 41 Prozent bei der Bundestagswahl 1998 auf 20,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 und die derzeitigen Umfragewerte von ca. 14 Prozent¹ stellen daher ein ernsthaftes Problem dar. Allein bei der letzten Bundestagswahl hat die SPD 1.712.834 Zweitstimmen verloren und davon die meisten Stimmen an die AfD (rund 470.000).² Die Wähler/

1 Vgl. ZDF-Politbarometer vom 23. November 2018: Die SPD ist damit hinter die CDU/CSU mit 27 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen mit 22 Prozent und die AfD mit 16 Prozent auf den vierten Platz zurückgefallen (vgl. www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm; Zugriff vom 15.01.2019).

2 Seit ihrem furiosen Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1998 (40,9 Prozent mit über 20 Millionen Zweitstimmen) haben sich über 10,6 Millionen Wähler/innen von der SPD

innen, die die SPD in den unteren Segmenten der sozialen Hierarchie verliert, werden auch nicht in einem nennenswerten Umfang von der Partei Die Linke aufgefangen, sondern von der AfD. Die Linke verliert relativ gesehen sogar die meisten Wähler/innen an die AfD. Aus diesem Grund könnte gerade die SPD ein wichtiger Akteur in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sein. Ob sie dafür über eine nachhaltige Strategie verfügt oder im Gegenteil durch ihre bisherige Politik die AfD weiter stärkt, soll in dem Beitrag diskutiert werden.

1. Sozioökonomische und soziokulturelle Ursachen für den Niedergang der SPD

Die Erfolge der SPD bei den Bundestagswahlen von 1998 und 2002 haben den sich schon zuvor abzeichnenden Bedeutungsverlust als Volkspartei nur verzögert. Diese kurzzeitige Erfolgsgeschichte des »Dritten Weges« kann als ein katalysierendes Moment des bis heute andauernden Niedergangs der SPD beschrieben werden. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder etablierte »Markt-« beziehungsweise »Mittelschichtsozialdemokratie« hat einerseits zum Verlust der traditionell SPD wählenden »kleinen Leute« und großer Teile der Industriearbeiterschaft geführt. Andererseits konnte sie die Wähler/innen auch in der von ihr anvisierten »Neuen Mitte« nicht dauerhaft an sich binden.

Dieses strukturelle Dilemma ist Ausdruck einer längerfristigen Entwicklung, die sowohl auf gesellschaftliche Ursachen (Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse, soziokultureller Wandel) als auch auf die Anpassung sozialdemokratischer Parteien an das vorherrschende neoliberalen Paradigma zurückzuführen ist.³ Diese Wandlungsprozesse und die damit verbundenen sozioökonomischen Verwerfungen bilden sich in gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Modernisierungsverlierern und Modernisierungsgewinnern ab, die sich nicht nur sozioökonomisch, sondern auch soziokulturell definieren lassen.⁴

Im Zuge der Deregulierung und Liberalisierung der Arbeits- und Finanzmärkte in den vergangenen Jahrzehnten sowie der dadurch freigesetzten Dynamik des internationalen Konzernwettbewerbs verloren erhebliche Teile der klassischen Industriearbeiterschaft ihre Arbeitsplätze beziehungsweise entwickelten verstärkt Ängste vor einem Arbeitsplatzverlust. Durch die zunehmend marktliberale Ausrichtung des Sozialstaats und sein Flexibilisierungsparadigma entstand somit ein neues Subpro-

abgewendet. Sie ist damit erstmals unter die 10-Millionen-Grenze gefallen und hat deutlich mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft innerhalb von 20 Jahren verloren (vgl. Der Bundeswahlleiter 2017). Dieser Abwärtstrend der SPD setzte sich auch bei den letzten Landtagswahlen in Bayern (7. Oktober 2018) mit 9,7 Prozent und in Hessen (28. Oktober 2018) mit 19,8 Prozent fort.

- 3 Vgl. Jörke, Nachtwey 2017. Sowohl in den USA unter Bill Clinton als auch in Europa unter Tony Blair und Gerhard Schröder haben linksliberale beziehungsweise sozialdemokratische Parteien dem Neoliberalismus durch entsprechende Gesetzgebung (zum Beispiel die Agenda 2010) zum Durchbruch verholfen.
- 4 Zu der Konfliktlinie (*cleavage*) zwischen Modernisierungsverlierern versus Modernisierungsgewinnern vgl. unter anderem Kriesi 2010; Cuperus 2017.

letariat (Prekariat), das sich sozioökonomisch an den Rand gedrängt sieht. Hinzu kommen nicht nur in den neuen Bundesländern Regionen, in denen sich die Bürger/innen abgehängt und vernachlässigt fühlen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich bundesweit auch für segregierte und sozial benachteiligte Stadtteile insbesondere in Großstädten beobachten.⁵

Ausdruck dieser Entwicklungen ist eine zunehmende soziale Spaltung, die durch die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik von Rot-Grün (1998–2005)⁶ einen enormen Schub erhalten hat und durch die SPD in den neun Jahren ihrer Mitregierung in der Großen Koalition (2005–2009, 2013–2017 und 2018 f.) nicht eingedämmt werden konnte, obwohl sie die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Wirtschaft sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend führte und 2018 anstelle des Wirtschaftsministeriums sogar noch das Finanzministerium erhielt. In der Finanzpolitik ist allerdings auch kein Politikwechsel zu beobachten. Stattdessen hält SPD-Finanzminister Olaf Scholz an der von der SPD einst kritisierten Zielmarke der »Schwarzen Null« des ehemaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble fest.

Ein nur auf sozioökonomische Aspekte zielender Begriff von Modernisierungsverlierern greift allerdings zu kurz, um die abgehängten beziehungsweise sich abgehängt fühlenden Milieus zu beschreiben. Individualisierungs- und kulturelle Ausdifferenzierungsprozesse, die eine Entwertung traditioneller Rollenmuster und Werte bedingen (Mann als Alleinernährer, Geschlechterrollen), sowie die Überforderung angesichts soziokultureller Wandlungsprozesse im Kontext von Globalisierung und Migration tragen dazu bei, dass man sich auch kulturell als Modernisierungsverlierer fühlen kann.⁷ Gerade in der unteren Mittelschicht führen die Angst vor sozialem Abstieg und die Erfahrungen von Kontrollverlust zu Verunsicherung und Schließungstendenzen.⁸ Zugleich werden die Sorgen der Bürger/innen und ihre Abwehrreflexe gegenüber tiefgreifenden Veränderungen in ihrer Arbeits- und Lebenswelt – hier holzschnittartig zugespitzt – von einem linksliberalen Akademikermilieu oft despektierlich als rückwärtsgewandt und provinziell bewertet.

Die gut situierten, gut ausgebildeten und kosmopolitisch orientierten Teile der sich kulturell und sozial ausdifferenzierenden Mittel- und Oberschicht bilden zu den sich abgehängt und entwertet fühlenden Bevölkerungsgruppen einen Gegenpol. Diese Personengruppen profitieren in vielfältiger Weise von der Globalisierung und sind international vernetzt; sie sind mobil, reisen viel und sind Fremden gegenüber

5 Vgl. Bothfeld 2018, S. 41 f.

6 Neben der Privatisierung staatlicher Einrichtungen (zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften) und der Deregulierung des Finanzmarktes hat die Steuerpolitik zur sozialen Spaltung beigetragen. So war es die rot-grüne-Regierung, die den Spaltensteuersatz in mehreren Schritten zwischen 1998 und 2005 von 53 und 42 Prozent absenkte (vgl. Faus et al. 2018, S. 100).

7 Vgl. Koppetsch 2013, S. 47–51; Reckwitz 2018, S. 277 ff.

8 Vgl. Koppetsch 2018, S. 57 f.; Reckwitz 2018, S. 350 ff. »Soziale Schließung ist der Versuch gesellschaftlicher Gruppen, den privaten Zugang zu begehrten Gütern und Lebenschancen gegenüber anderen Gruppen zu verteidigen oder auch zu vergrößern« (Koppetsch 2016, S. 33).

aufgeschlossen.⁹ Sie sind in der Lage, die strukturellen staatlichen Defizite wie beispielsweise eine schlechte schulische Infrastruktur, hohe Mieten oder die Entwertung des Diesel-PKWs aus eigenen Mitteln zu kompensieren. Dieses aufstiegsorientierte, postmaterialistische Akademikerklientel sowie die technische Intelligenz und die »Kreativen« will die SPD ebenso ansprechen wie ihre traditionellen Wählerschichten. Letztere stehen aber in großen Teilen der Globalisierung skeptisch gegenüber und vertreten weitgehend traditionelle und materialistische Werte.¹⁰ Ihre skeptische Zukunftsorientierung geht mit dem Wunsch nach einer Rückkehr der »guten alten Zeiten« sowie der Befürwortung von innerer und sozialer Sicherheit einher.¹¹ Modernisierungsverlierer und -gewinner – in der politikwissenschaftlichen Debatte ist auch die Rede von Kommunitaristen und Kosmopoliten¹² – bilden sich voneinander distanzierende und gegenseitig abwertende soziokulturelle Milieus; weshalb die SPD sich damit schwer tut, sie programmatic, politisch-praktisch sowie habituell und im Sprachstil gleichzeitig zu erreichen.¹³ Vor allem die traditionelle Wählerschaft und die verunsicherten Bevölkerungsteile bilden das Wählerreservoir, das sich von der SPD ab- und in großen Teilen der AfD zuwendet.

2. Der Aufstieg der AfD zur neuen Arbeiterpartei?

Nachdem die CDU/CSU bereits seit der Bundestagswahl 2009 zur stärksten Arbeiterpartei geworden ist,¹⁴ verliert die SPD seit der Bundestagswahl 2017 nun auch in einem deutlichen Ausmaß Arbeiter/innen an die AfD. So war die AfD mit 18 Prozent erstaunlich erfolgreich bei den Arbeiter/innen. Im Vergleich dazu schneiden die »klassischen« Arbeiterparteien relativ schlecht ab. Nur 23 Prozent der Arbeiter/innen wählten 2017 die SPD und nur 10 Prozent Die Linke. Bei den Arbeitslosen ist diese Tendenz ähnlich: Hier wählten 17 Prozent die AfD, 22 Prozent die SPD und 15 Prozent Die Linke.¹⁵ In den neuen Bundesländern sind diese Tendenzen noch deut-

9 Vgl. Jörke, Nachtwey 2017, S. 163; Reckwitz 2018, S. 273 ff.

10 Vgl. Koppetsch 2018, S. 58; Koppetsch 2013, S. 64 ff.

11 Vgl. Jörke, Nachtwey 2017, S. 163.

12 Vgl. Merkel 2018, S. 301.

13 Vgl. Faus et al. 2018, S. 14 ff.; Jörke, Nachtwey 2017.

14 2009 wählten 31 Prozent der Arbeiter/innen die CDU/CSU, nur noch 25 Prozent die SPD und 16 Prozent Die Linke. Die Wahlzustimmung der Arbeiter/innen zur SPD lag bei den Bundestagswahlen 1998 bei 48 Prozent, 2002 bei 44 Prozent und 2005 – nach Einführung der Hartz-Gesetze – bei nur noch 37 Prozent (vgl. Faus et al. 2018, S. 42).

15 Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern fand die AfD mit 15 Prozent eine erhebliche Zustimmung. Die SPD wählten zwar noch 29 Prozent der Wähler/innen mit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft, Die Linke wählten nur 12 Prozent. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern, die gleichzeitig auch Arbeiter/innen waren, kam die AfD sogar auf 19 Prozent, die SPD auf 31 und Die Linke auf 12 Prozent. Die SPD bekam in den 1990er Jahren bis 2005 noch mehr als 50 Prozent der Stimmen von gewerkschaftlich organisierten Wähler/innen. 2017 wählten jedoch nur noch 31 Prozent Gewerkschaftler/innen die SPD (vgl. Faus et al. 2018, S. 40 ff.).

licher zu beobachten. Hier wählten 30 Prozent der Arbeitslosen die AfD und nur 12 Prozent die SPD. Von den Arbeiter/innen wählten 26 Prozent die AfD und nur 14 Prozent die SPD (für die CDU votierten 25 Prozent der Arbeiter/innen). Damit ist die AfD im Osten unter den Arbeitern/innen und Arbeitslosen die stärkste Partei.¹⁶

Dieser Bedeutungsgewinn der AfD (und damit zusammenhängend der Bedeutungsverlust der SPD) als Arbeiterpartei und Partei der »Benachteiligten« lässt sich nicht nur auf sozioökonomische Abstiegsprozesse größerer Bevölkerungsteile zurückführen.¹⁷ Diese erklären nur bedingt, warum in nach wie vor sehr gut ausgestatteten und eine hohe Egalität aufweisenden Wohlfahrtsstaaten wie beispielsweise in Dänemark und Schweden bei den letzten Europawahlen beziehungsweise Parlamentswahlen rechtspopulistische Parteien deutlichen Zulauf hatten.¹⁸ Auch die AfD ist nicht nur – wenn auch besonders – bei den sozial deklassierten Milieus erfolgreich. Mit Cornelia Koppetsch kann als *eine* Erklärung für den Aufstieg der AfD angeführt werden, dass nach den Öffnungs- und Emanzipationsbewegungen, die mit der Chiffre 1968 konnotiert werden, mit der AfD ein – sich vorher schon länger »untergründig« entwickelnder – kultureller Backlash sichtbar wird, der auf dem neoliberalen Selbstoptimierungs- und Leistungsparadigma aufsetzt und gleichzeitig soziokulturell und mentalitätsmäßig in eine glorifizierte Vergangenheit zurück will.¹⁹ Die autoritäre Kritik des Rechtspopulismus an den kosmopolitischen Eliten, mit ihrem Universalismus und der Politik der offenen Grenzen die nationalen Interessen zu verraten, setzt der distinktiven Abgrenzung der liberalen Eliten eine nationalistisch oder gar völkisch konstituierte Schließung entgegen. Nach außen ist diese Schließung im wahrsten Sinne als Schließung der Grenzen und als Abwehr von weiterer Zuwanderung zu verstehen, nach innen als Schließung gegen kulturelle Diversität. Den von den Rechtspopulisten als homogener Block vorgestellten Eliten mit ihrer kosmopolitischen (Differenz-)Kultur wird eine Volksidentität von unten entgegengesetzt, die ein ethnisch homogenes Volk konstituiert (»Wir sind das Volk« oder, wie es Alexander Gauland formulierte: »Wir holen uns unser Volk zurück«). Dieser Kulturmampf zwischen national(istisch)en Kommunitaristen auf der einen und (links)liberalen Kosmopoliten auf der anderen Seite bekam mit der im Spätsommer 2015 einsetzenden hohen Zuwanderung von Flüchtenden sowie den realen Herausforderungen der Integration eine neue Dynamik und Zusitzung. Die ursprünglich eurokritische »Professorenpartei« AfD wandelte sich zu einem rechtspopulistischen Sammelbecken, die nun auch parlamentarisch durchschlagenden Erfolg hat. Dieser Aufstieg erklärt sich maßgeblich durch eine *Repräsentationslücke*, die insbesondere die beiden Volksparteien CDU und SPD hinterlassen haben. In keiner der anderen Parlamentsparteien (außer der CSU und dem Flügel um Sahra Wagenknecht bei der Partei Die Linke) konnte in einem nennenswerten Maße eine Alternative zur Merkel'schen Flüchtlingspolitik institutionell repräsentiert werden.

16 Vgl. ebd., S. 41.

17 Vgl. Nachtwey 2017.

18 Vgl. Koppetsch 2018, S. 52 f.

19 Vgl. ebd., S. 54 ff.; Koppetsch 2016.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat sich ein »entfremdeter Protest«²⁰ von rechts gebildet, der von sich vernachlässigt fühlenden Bürger/innen über dezidierte Gegner/innen der Merkel'schen Flüchtlingspolitik bis hin zu rechtsextremen Akteuren und gewaltbereiten Gruppen reicht. In der Dynamik der eigenen Bewegungseuphorie auf der einen und durch die konfrontativ moralisierenden bis stigmatisierenden Gegenreaktionen auf der anderen Seite radikaliert sich dieses Protestmilieu – auch in Sprache, Gestik und Verhalten. Gegenseitige Verachtung, Abwertung und Kommunikationsverweigerung sind die Begleiterscheinungen dieses polarisierenden Kulturkampfes.

3. Wie reagiert die SPD?

Auffallend ist der Mangel an Analysefähigkeit, mit der die einst an der Auseinandersetzung mit dem Marxismus geschulte Sozialdemokratie diesem Protest von rechts begegnet. Zweifelsohne vermischen sich im Rechtspopulismus sowohl in seinen Bewegungsformen (wie PEGIDA, die Identitären etc.) als auch in seiner parteiförmigen Institutionalisierung der AfD rassistische oder gar rechtsextremistische Haltungen mit einem von Groll und Wut getragenen Protest von sich marginalisiert fühlenden Bürgerinnen und Bürgern.

Die SPD mit ihrem Selbstverständnis, *die* Partei der sozial Benachteiligten zu sein, hat aber das Gespür für die Stimmungen und Belange eines erheblichen Teils ihrer ehemaligen Kernwählerschaften verloren, die sich, zum Teil aus Protest, der AfD zuwenden. Dieser Mangel an Sensorik und analytischer Deutungsfähigkeit führt dazu, dass sie den Protest von rechts jenseits einer »pöbelhaften« Rhetorik in seinen sozialen und kulturellen Dimensionen nicht hinreichend zu erfassen vermag. Es verwundert, dass der sonst im linken Lager zu beobachtende Ansatz, Verhalten und Haltungen aus den sozioökonomischen und soziokulturellen Verhältnissen zu erklären, durch Moralpolitik und eine distanzierende Empörungsrhetorik ersetzt wird. Ein zentraler Grund für diese Distanzierung von den sozial deklassierten Milieus mag darin bestehen, dass sich das Führungspersonal der SPD – wie auch anderer

- 20 Mit dem Begriff »entfremdeter Protest« beziehe ich mich auf Wolfgang Fritz Haug (1992, S. 33 f.), der die fremdenfeindlichen Gewaltwellen Anfang der 1990er Jahre als »entfremdeten Protest gegen Entfremdung« und »Rassismus-von-unten« als »entfremdeten Protest« beschrieben hat. Damit ist gemeint, dass sich der Protest der sozial benachteiligten »Klassen« gegen von ihnen als Entfremdung wahrgenommene krisenhafte Entwicklungen des Kapitalismus nicht aber gegen die Ursachen beziehungsweise Verursacher dieser Entwicklungen richtet. Der Protest richtet sich hingegen gegen diejenigen, die diese Entfremdung in Form von Zuwanderung sichtbar machen. Von Seiten der sozial Benachteiligten zielt demnach der Protest darauf, andere – hier die Neuankommenden – in einem Status zu halten, der dem ihrigen untergeordnet ist (»Ein Anderer soll der Unterste sein«). Helmut König (2017, S. 32 ff.) macht, bezugnehmend auf Hartmut Rosa, darauf aufmerksam, dass wir es gegenwärtig mit einer tiefgreifenden »Entfremdungs-Krise« als basaler Grundlage des Rechtspopulismus zu tun haben, die auf einen rasanten und tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel zurückzuführen ist, dessen Folgen den »Zustand der Gesellschaft insgesamt charakterisier[en]« (ebd., S. 39).

etablierter Parteien – zunehmend an den kosmopolitischen, postmaterialistischen Mittelschichtmilieus orientiert.²¹

Diese habituelle Verankerung und Orientierung der Führungsebene in und an den kosmopolitisch orientierten Milieus erklärt wohl auch, weshalb es der SPD-Führung und Teilen ihres Parteiapparats so schwerfällt, Zugang zu ihren ehemaligen Kernwählerschaften zu finden. Die Aufforderung des ehemaligen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, dahin zu gehen, »wo es brodelt, wo es stinkt«,²² wirkt anachronistisch und wie aus einer anderen Welt, wenn man sich die auf mediale Professionalität getrimmte Sprache des SPD-Führungspersonals, insbesondere ihrer Minister/innen Katarina Barley, Heiko Maas, Olaf Scholz, aber auch ihres Generalsekretärs Lars Klingbeil, vor Augen führt.²³

In der internationalen Debatte wird ein Hauptgrund für die Distanzierung sozialdemokratischer oder linksliberaler Parteien von ihren traditionellen Wähler/innen darin gesehen, dass sie ihre Aufmerksamkeitsökonomie auf Minderheiten- und Identitätspolitiken zulasten der Thematisierung von »harten« sozialen Problemen verlagert hätten.²⁴ Nach Nancy Fraser hat sich diese kulturelle Liberalisierung mit dem Wirtschaftsliberalismus zum »progressiven Neoliberalismus« amalgiert.²⁵ Auch für die Bundesrepublik liegen für diesen Zusammenhang Untersuchungen vor.²⁶ Gegenüber solchen Befunden reagiert die Führungsebene der SPD zumindest in der Öffentlichkeit nur mit einer oberflächlichen Selbstkritik, die sich in der Regel auf eine mangelhafte Kommunikation ihrer sozialpolitischen Erfolge in der Großen Koalition beschränkt. In den Kommentaren der SPD-Führungsebene zu den Wahlniederlagen ist zudem nicht selten eine Art »Bürgerverdruss« und Enttäuschung über die Wähler zu beobachten, die nicht richtig verstanden hätten, dass die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit sei. Geradezu überrascht wirkt die SPD davon, dass sich die Wähler massenhaft von ihr abwenden und neuerdings verstärkt der AfD zuwenden.²⁷

Die als Reaktion auf das Wahldebakel bei der Bundestagswahl angekündigte inhaltliche Erneuerung der Partei ist trotz aller Bekundungen der Parteivorsitzenden Andrea Nahles bisher kaum zu beobachten. Die SPD ist inhaltlich zerrissen, perso-

21 Vgl. Schäfer 2015, S. 167 ff.

22 »Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, wo es brodelt, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt.« So Gabriel in seiner viel beachteten Parteitagsrede am 13. November 2009 in Dresden.

23 Der anfängliche Hype um den Kanzlerkandidaten Martin Schulz ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass man sich von ihm einen geerdeten Politikstil und Zugang zu den traditionellen Wählerschaften erhoffte. Sowohl dieses persönliche Image als auch die inhaltliche Profilierung wurden ihm aber schnell von den SPD-Wahlstrategen ausgetrieben (vgl. Faus et al. 2018, S. 8–13 und 46–59).

24 Vgl. Fraser 2017; zur USA siehe unter anderem Hochschild 2017; zur Kulturalisierung sozialer Ungleichheit siehe unter anderem Thaa 2018.

25 Vgl. Fraser 2017, S. 78 ff.

26 Vgl. unter anderem Heisterhagen 2018; Jörke, Nachtwey 2017; Nölke 2017; Koppetsch 2013; Koppetsch 2016; Koppetsch 2018; Nachtwey 2017.

27 Vgl. unter anderem Heisterhagen 2018, S. 53.

nell zerstritten und führungslos. Stärke demonstrierende und im Ton zerknirschte Ansagen der SPD-Vorsitzenden – wie beispielsweise nach den herben Verlusten der SPD bei der Hessenwahl –, die anderen Koalitionsparteien mit einem »Fahrplan zur Umsetzung der Regierungsvorhaben« unter Druck zu setzen und den Bruch der Koalition in Aussicht zu stellen, blieben ohne Folgen. Hingegen wurde der angekündigte konfrontative Kurs durch die mediale Inszenierung von innerer Geschlossenheit des Parteipräsidiums *ad acta* gelegt.²⁸ »Wir haben uns untergehakt« und setzen jetzt »auf die Kraft des Zusammenhalts«, so die Parteivorsitzende in den Medienstatements.²⁹

Wurden zunächst die Wahlniederlagen in Bayern und Hessen einstimmig dem Koalitionspartner mit seinen internen Streitereien und insbesondere dem CSU-Vorsitzenden und Innenminister Horst Seehofer angelastet, hat die Parteiführung nach 15 Jahren partiointerner und externer Kritik an der Agenda 2010 dieser nun den Kampf angesagt. Die SPD will laut Nahles die Grundsicherung (Hartz IV) grundsätzlich reformieren und ein Bürgergeld einführen. Nahles zufolge, die immer eine vehementen Gegnerin des bedingungslosen Grundeinkommens war, soll nun ein Bürgergeld ohne Auflagen und Sanktionen³⁰ den sozialpolitischen Aufschlag für eine neue Reformära der SPD darstellen, der »Sozialstaatsreform 2025«.³¹ Diese Ankündigung irritiert zunächst, da noch einige Tage zuvor ein ähnlicher Vorschlag des Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck zum sogenannten »Garantieeinkommen« seitens der SPD deutlich kritisiert wurde.³² Und 14 Tage zuvor bei der von der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten 20. Jahresfeier anlässlich des Beginns der rot-grünen Reformpolitik (1998–2005) – unter Anwesenheit des ehemaligen Kanzlers

28 *Handelsblatt* vom 29. Oktober 2018. Diese medial demonstrierte Harmonie scheint aber nicht lange anzuhalten. Nachdem Olaf Scholz – scheinbar ohne Rücksprache mit der Parteivorsitzenden – sich selbst in der *Bild am Sonntag* vom 6. Januar 2019 als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2021 lancierte, ist in der SPD erneut ein Streit über Personalfragen entstanden und der Führungsanspruch von Nahles weiter infrage gestellt worden (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 8. Januar 2019).

29 *Süddeutsche Zeitung* vom 6. November 2018.

30 Während Nahles (2018) die »Hartz IV-Sanktionen« in ihrem Beitrag zur programmatischen Neuausrichtung der SPD in der *FAZ* vom 17. November 2018 infrage stellt, verteidigt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) diese am 15. Januar 2019 bei einer Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht zur Zulässigkeit von Leistungskürzungen: »Der Sozialstaat muss ein Mittel haben, die zumutbare Mitwirkung auch verbindlich einzufordern« (Weser Kurier vom 16. Januar 2019).

31 Nahles 2018, S. 10. Während Nahles als Arbeitsministerin weitreichende Reformen des Hartz-Systems nicht für notwendig hielt, kommt sie nun als unter Druck stehende Parteivorsitzende zu einer grundlegend anderen Einschätzung der Hartz-Reformen: »Ich habe mir die Reden aus der damaligen Zeit angeguckt, Reden von unserem damaligen Minister Wolfgang Clement und von anderen. Da schäme ich mich heute noch dafür. Sie haben damals die Sozialstaatsidee der SPD ruiniert« (Nahles in der *Süddeutschen Zeitung* vom 3./4. November 2018, S. 2).

32 Vgl. *ZDF heute* vom 17. November 2018.

Gerhard Schröder – konstatierte Nahles noch, dass die Agenda zwar eine nicht gewünschte, aber dennoch notwendige Entscheidung war.³³

Wie die SPD angesichts dieser Widersprüche das bei den Wählern verlorengegangene Vertrauen zurückgewinnen will, ist mehr als eine offene Frage. Es ist vielmehr zu befürchten, dass die seit der Niederlage bei der Bundestagwahl 2017 immer wieder zu beobachtenden Führungsfehler auf den Leitungsebenen der Partei sowie der inhaltliche und strategische Schlinger-Kurs eine Fortsetzung des Vertrauensverlusts bei den Wähler/innen befördern. Bei den Analysen zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen gaben etwa 70 Prozent der Wähler/innen an, sie wüssten nicht, wofür die SPD stehe.³⁴

Dieses programmatisch inhaltliche Vakuum und vor allem das mangelnde Vermögen, der Konkurrenz von Bündnis 90/Die Grünen auf der einen und der AfD auf der anderen Seite überzeugende Konzepte entgegenzusetzen, werden dann – je nach tagespolitischem Ereignis – durch politische Verlautbarungen, Ermahnungen des Koalitionspartners und eine moralische Empörungskommunikation kompensiert, auf die wir uns im Folgendem im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der AfD konzentrieren.

4. Der hilflose Antipopulismus

Betrachtet man die parlamentarische Auseinandersetzung der SPD mit der AfD beziehungsweise ihre Reaktionen auf die Vorgänge in Chemnitz (Ende August 2018), so fällt ihre Scheu auf, den Protest von rechts in seinen vielschichtigen und ambivalenten Dimensionen offen zu thematisieren. Die Abwendung größerer Bevölkerungsteile von der etablierten Politik wird stattdessen weitgehend dem Agieren der AfD zugeschrieben. Dadurch wird der AfD und auch anderen (rechtsextremen) Akteuren eine enorme Wirkungsmacht zuerkannt. Die Verantwortung der etablierten Parteien für Parteien- und Politikverdrossenheit kann dadurch im eigenen Parteiinteresse an andere delegiert werden. Dirk Jörke und Veith Selk bezeichnen dieses Muster der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus als *Moralisierung*, worunter sie einen »Stil der Auseinandersetzung verstehen, der ein Phänomen ausschließlich auf als moralisch problematisch wahrgenommene Aspekte reduziert beziehungsweise diese besonders hervorhebt«.³⁵

Die beiden Autoren zeigen, dass gerade die *Moralisierung* – in der Regel verbunden mit einer instrumentellen Auslegung der Verfahrensregeln demokratischer Insti-

33 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 7. November 2018, S. 3.

34 Vgl. unter anderem *ARD-Tagesthemen* vom 14. Oktober 2018.

35 Jörke, Selk 2015, S. 485.

tutionen³⁶ – Parteien wie der AfD nützt, weil diese wiederum in einem Empörungsdiskurs zu Recht darauf hinweisen können, dass die etablierten Parteien gar nicht so demokratisch sind, wie sie vorgeben. Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus hat diese Moralisierung kontraproduktive Effekte, die den Populismus stärken und der AfD noch mehr Wähler/innen – auch aus Empörung – zutreiben beziehungsweise zu einer verstärkten Identifikation mit der von allen Seiten stigmatisierten AfD führen können.³⁷ Die moralisierende Ächtungskommunikation des liberalen/kosmopolitischen Lagers – und dieses reicht interessanterweise von bewegten Linken und besorgten Liberalen über konservative Politiker bis hin zu entrüsteten Leitartiklern und empörten Wissenschaftler/innen – dient dazu, sich selbst zu bestätigen, auf der richtigen Seite zu sein, das Gute zu repräsentieren und sich als normsetzende moralische Instanz zu konstituieren. Nach Chantal Mouffe führt die Moralisierung dazu, den Rechtspopulismus nicht als politisches Phänomen zu verstehen, der die Themen aufgreift, die die anderen Parteien aus Angst vor Konflikten nicht angehen.³⁸

Wie auch andere Parteien und Eliten in Kultur und Medien bedient die SPD genau diesen moralischen Empörungsdiskurs, den sie mit einer für sie typischen Deutung des historischen Faschismus verbindet. Dabei greift sie auf altbekannte Rituale und Erklärungsmuster des Rechtsextremismus beziehungsweise Rechtspopulismus zurück, um sich gleichzeitig als die aufrechte »antifaschistische Partei« öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Von der SPD wird dabei – wie beispielsweise in den Haushaltsdebatten (im September 2018 nach den Vorfällen von Chemnitz), aber auch in der Vergangenheit zu beobachten – eine auch schon für den historischen Faschismus unterkomplexe Deutung bemüht, um vor den Gefahren des Rechtspopulismus zu warnen. Demnach verführen – was in der Tat der Fall ist – rechtsextreme oder aktuell rechtspopulistische

36 So wurde die Regelung zur Alterspräsidentschaft mit dem Einzug der AfD in den 19. Bundestag 2017 geändert. Es ist jetzt nicht mehr das an Lebensjahren älteste Mitglied des Bundestages, das die erste Sitzung der neuen Legislaturperiode eröffnet und leitet – dies wäre Alexander Gauland von der AfD gewesen –, sondern die Person mit der längsten Mitgliedschaft im Bundestag. Auch wurde bisher den Kandidaten der AfD für das Präsidium des Bundestages die Zustimmung von den anderen Parteien verweigert (zuletzt der Kandidatin Mariana Iris Harder-Kühnel am 29. November 2018), obwohl der AfD ein Sitz zusteht.

37 Vgl. Jörke, Selk 2015, S. 486 ff.

38 Vgl. Mouffe 2017, S. 98. Als ein Beispiel für den Empörungsdiskurs der SPD im Umgang mit der AfD oder vom Mainstream abweichenden Positionen vgl. das Konfliktgespräch über den UN-Migrationspakt zwischen der SPD-Justizministerin Katarina Barley und dem emeritierten Professor für Rechtsphilosophie und Strafrecht an der Universität Hamburg, Reinhard Merkel, in der *Süddeutschen Zeitung* vom 8./9. Dezember 2018. Auf die sachlich vorgebrachten Bedenken von Merkel zu bestimmten Aspekten des Pakts wie dem des »Soft Laws« und zur zurückhaltenden öffentlichen Thematisierung des Pakts durch die etablierten Parteien reagiert Barley in sehr emotionaler und empörter Weise, indem sie Merkels Argumentation als Schützenhilfe für die AfD abkanzelt: »Ich muss jetzt etwas an mich halten. [...] Aber über diese Äußerung bin ich wirklich erschüttert. [...]. Dass Sie genau die Linie der AfD stützen.«

Parteien und Akteure Teile der Bevölkerung durch Komplexität reduzierende Politikangebote und stigmatisieren Minderheiten als Sündenböcke. Die dazu bemühten Parolen wie »Rattenfänger« und »Verführer« werden in unterschiedlichen Kontextualisierungen immer wieder – ohne eine Reflexion dieser dehumanisierenden Wortwahl – genutzt, um die AfD als politischen Gegner zu diskreditieren.³⁹ Vor der moralischen Folie der eigenen Verfolgungserfahrungen im Nationalsozialismus werden Weimarer Verhältnisse simuliert, um so die höchstmögliche Stufe moralischer Empörung medial in Szene zu setzen. Die AfD wiederum nutzt solche Formen der moralischen Stigmatisierung, um sich als Opfer zu präsentieren und auf das instrumentelle Demokratieverständnis der etablierten Parteien hinzuweisen.⁴⁰

Dieses historisch analogisierende Argumentationsmuster in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kann entlang der öffentlichen Thematisierung rechtsextremer (Erfolgs-)Konjunkturen immer wieder beobachtet werden,⁴¹ wie das folgende Zitat idealtypisch zeigt: »Dies sind Ausbrüche, die – ich kann und will mich nicht gegen diesen Vergleich wehren – an die entsetzlichen Bilder aus der Spätzeit der Weimarer Republik und die Aufstiegsphase des Faschismus erinnern. Wehret den Anfängen! Verharmlosung ist keine Abwehr.« Dieser Debattenbeitrag ist keine Reaktion auf die Vorfälle von Chemnitz, sondern stammt aus einer Rede von Wolfgang Thierse, SPD, aus der Bundestagsdebatte 12/51 vom 18. Oktober 1991 zum Thema »Vereinbarte Debatte zur Asylpolitik und Ausländersituation«; eine Debatte, in der auf die fremdenfeindlichen Ausschreitungen von Hoyerswerda vom 17. bis 22. September 1991 reagiert wurde.

Die Notwendigkeit moralischer Grenzziehungen und Normsetzungen soll damit keineswegs in Zweifel gezogen werden. Allerdings kann neben den historisch unangemessenen Analogiesetzungen des gegenwärtigen Rechtspopulismus mit der nationalsozialistischen Bewegung vielmehr beunruhigen, dass insbesondere die SPD, aber auch weitgehend die anderen etablierten Parteien außer moralischer Empörung und Appellen an die Zivilgesellschaft kein inhaltlich greifendes Konzept haben, der Attraktivität der AfD etwas entgegenzusetzen. Jenseits dieser demonstrativen Normsetzungen stellt sich deshalb die Frage, ob in den moralisch-emotionalen Reaktionen auf die AfD und den erzieherisch formulierten Zurechtweisungen von

39 In seiner mit stehenden Ovationen der anderen Parlamentarier bedachten Zwischenbemerkung auf die Bundestagsrede des AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland bezichtigte der ehemalige Parteivorsitzende der SPD, Martin Schulz, in der Haushaltssdebatte vom 12. September 2018 Gauland, »ein tradiertes Mittel des Faschismus« anzuwenden, indem er die Migrant/innen für alles verantwortlich mache (Schulz 2018, S. 5038; vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 13. September 2018).

40 Alexander Gauland (AfD) griff in seiner souverän fortgesetzten Rede den Angriff von Schulz auf, indem er darauf verwies, dass die Intention von Schulz als Versuch zu bewerten sei, die AfD auszugrenzen: »Das, was ich gesagt habe, hat mit Faschismus überhaupt nichts zu tun, und das wissen Sie auch. Es handelt sich um den Versuch, uns sozusagen aus dem demokratischen Konsens auszugrenzen« (Gauland 2018, S. 5039; vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 13. November 2018).

41 Vgl. Lynen von Berg 2000, S. 170 ff.

AfD-Abgeordneten nicht vielmehr ein »hilfloser Antipopulismus« zum Ausdruck kommt.⁴²

So forderte beispielsweise Außenminister Heiko Maas in Reaktion auf die Vorfälle in Chemnitz die Zivilgesellschaft dazu auf, sich für die Demokratie »lauter« zu engagieren. Wolfgang Thierse appellierte in der Talkshow »Anne Will« (vom 2. September 2018) an die Bürgerinnen und Bürger, in Gesprächen mit ihrer Nachbarschaft sich dem Rechtspopulismus entgegenzustellen. Solche moralischen Appelle machen die Hilflosigkeit und das Dilemma der SPD gleichsam sichtbar. Der Zivilgesellschaft und auch den von der Bundesregierung finanziell gut ausgestatteten Programmen für Demokratie beziehungsweise gegen (Rechts-)Extremismus wie »Demokratie leben« wird nun staatlich gefördert die Rückgewinnung des Vertrauensverlusts in die Demokratie mit aufgebürdet.⁴³ Aber all diese gut gemeinten und engagierten Programme sowie die Bemühungen der politischen Bildung laufen ins Leere, wenn die politische Mitte in immer neuen Inszenierungen (Unions- und Koalitionsstreit zur »Flüchtlingskrise«, Personaldebatte um den Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen etc.) die Erosion des Vertrauens in die etablierten politischen Institutionen strukturell befördert.⁴⁴ Die AfD nutzt hingegen diesen Vertrauensschwund der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenzen der Volksparteien und deren Energie und Aufmerksamkeit zehrende Selbstbeschäftigung zur Mobilisierung eines Protestes von rechts.

Die analytischen Defizite in der Problemwahrnehmung und -bearbeitung verwundern auch deshalb, da schon durch vielfältige empirische Studien und theoretische Erörterungen die strukturellen Demokratiedefizite hinlänglich öffentlich und auch im Kontext der SPD selbst thematisiert wurden (unter anderem in Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung).⁴⁵ Die von der SPD-Führung in Auftrag gegebene Untersuchung zur Bundestagswahl 2017⁴⁶ weist analytisch fundiert und in einer offenen Klarheit sowohl auf die strukturellen als auch auf die selbst verschuldeten Ursachen für die Wahlniederlage hin, die in der Deutlichkeit der Fehleranalyse viele wissenschaftliche Kommentare übertrifft.⁴⁷ Ob man zur Beschreibung dieser institutionellen Defizite Begriffe wie »Demokratieentleerung« (Heitmeyer), »Postdemo-

42 Vgl. Jörke, Selk 2015.

43 Dem vom BMFSFJ geförderten Programm »Demokratie leben« standen für 2018 115 Millionen Euro als Fördermittel zur Verfügung (www.demokratie-leben.de; Zugriff vom 15.01.2019). Daneben gibt es noch weitere Bundes- und Landesprogramme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Extremismusprävention.

44 Vgl. Lynen von Berg 2018, S. 2.

45 Vgl. auch Hillebrand 2017, S. 175–182; Cuperus 2017, S. 151–160; Hillebrand 2018. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau und eckt(e) mit seiner deutlichen Kritik nicht selten bei der SPD-Führung an.

46 Vgl. Faus et al. 2018.

47 Ebenfalls hat sich SPD-Mitglied und Autor Nils Heisterhagen kritisch zum Zustand der SPD und ihrer verfehlten Wahlkampfstrategie geäußert, was ihm dann seinen Job als Grundsatzreferent der SPD-Fraktion in Rheinland Pfalz kostete (zu seiner umfangreichen Analyse siehe Heisterhagen 2018).

kratie« (Crouch) »postdemokratischen Liberalismus« (Jörke, Selk)⁴⁸ oder Politiker- und Parteienverdrossenheit etc. verwendet, ist zunächst nachrangig. Unbestritten ist, dass wir es mit *strukturellen Defiziten* der *repräsentativen Demokratie* und einer Krise der liberalen Demokratie zu tun haben. Die Selbstbezogenheit der Volksparteien und ihre desaströsen Macht- und Profilierungskämpfe (besonders im Sommer/ Herbst 2018) produzier(t)en gerade den Rechtspopulismus, den sie gleichzeitig bekämpfen wollen.

Moralische Appelle helfen zur Revitalisierung der Demokratie ebenso wenig weiter wie öffentlichkeitswirksam inszenierte Empörungen über angeblich herrschende Weimarer Verhältnisse. Die Tonalität und Aufgeregtheit, mit der auf die Provokationen der AfD reagiert wird, macht vielmehr die Nervosität und Hilflosigkeit deutlich, mit der nicht nur die SPD auf den entfremdeten Protest von rechts reagiert. Ihre konzeptionslosen Versuche, den Rechtspopulismus zu bekämpfen, schaffen für diesen eher günstige Gelegenheitsstrukturen und befördern damit den weiteren Niedergang der SPD. Die AfD ist auf dem besten Weg, die SPD zu beerben und die Partei der Arbeiter und Benachteiligten von morgen zu werden.⁴⁹

5. Wege aus dem Dilemma?

Die Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft stellt alle Volksparteien vor große Herausforderungen. Eine weitere Aufsplinterung des Parteiensystems und Abschmelzung der Wählerbasis der Volksparteien sind nicht unwahrscheinlich. Davon ist die SPD in einem besonderen Maße betroffen. Die zu Zeiten von Willy Brandt noch realistische Beschreibung der SPD als die Partei des »donnernden Sowohl-als-auch«⁵⁰ ist einem »Weder-noch« gewichen.⁵¹ Die Profil- und Mutlosigkeit der SPD korrespondiert mit dem strukturellen Problem, als Volkspartei eine breite Wählerschaft mit sehr divergierenden Erwartungen ansprechen zu wollen beziehungsweise zu müssen. Diese breitgefächerten und zum Teil widersprüchlichen Erwartungen kann die SPD nicht mehr über ein Narrativ einbinden und in einen inhaltlichen Konsens überführen, der dann schichten- und milieuübergreifend bei einer größeren Wählerschaft Anklang finden würde. Demgegenüber können »kleinere« Parteien mit deutlicheren Themenfokussierungen und radikaleren Lösungsvorschlägen punktuell und wohl auch zeitlich begrenzt größere Wählergruppen oder klarer konturierte (Interessen-)Milieus mobilisieren.

In gleicher »Radikalität« wie Bündnis 90/Die Grünen das Ökologithema zu besetzen und gleichzeitig an wachstumszentrierter Wirtschaftspolitik festzuhalten ist wenig zielführend. Dieses Dilemma zeigt sich zum Beispiel in dem konzept- und konturlosen Umgang mit dem Dieselskandal. Das »Weder-noch« ist Ausdruck der die

48 Vgl. Jörke, Selk 2017, S. 155 ff.

49 Vgl. Jörke, Nachtwey 2017, S. 164; zur Attraktivität rechtspopulistischer Parteien in der Arbeiterschaft in anderen europäischen Staaten vgl. Oesch 2008.

50 Brandt, zitiert nach Meyer 2018, S. 2.

51 Vgl. Faus et al. 2018, S. 40.

SPD kennzeichnenden latenten Unentschiedenheit, sich zu positionieren und einen Konflikt mit der Autoindustrie einzugehen, wie dies noch die von der jetzigen Parteiführung »aussortierte« vorherige SPD-Umweltministerin Barbara Henricks (2013–2018) wagte. Die Partei wirkt durch den Versuch, unterschiedliche Interessen gleichzeitig bedienen und dabei keine Interessengruppe verprellen zu wollen, profillos und handlungsunfähig. Es ist anzunehmen, dass sich die SPD in den letzten Landtagswahlkämpfen auch deshalb auf das Wohnungsproblem und kostenfreie Kitaplätze fokussiert hat, weil sie hier die wenigsten Konflikte befürchtete und hoffte, eine möglichst breite Wählerschicht anzusprechen; aber auch dies gelang ihr nicht.

Die divergierenden Interessen zwischen Modernisierungsverlieren und Modernisierungsgewinnern, die Konfliktlinien zwischen nationalen beziehungsweise auch linken Kommunitaristen auf der einen und liberalen Kosmopoliten auf der anderen Seite lassen sich offensichtlich nicht mehr gefiltert durch eine Volkspartei vermitteln. Die SPD sollte deshalb den Anspruch aufgeben, weiterhin eine Volkspartei im herkömmlichen Sinne zu sein; dies würde ihr neue Handlungsoptionen eröffnen. Auch wenn die SPD-Führung, erhebliche Teile ihres Parteiapparats und ein nicht unerheblicher Teil ihrer Wähler/innen inhaltlich und habituell an den aufstiegsorientierten und kosmopolitisch ausgerichteten Mittelschichtmilieus orientiert sind, würde die SPD bei einer Fokussierung auf die Themen dieser Milieus einen ihrer letzten Markenkerne, die Partei des »sozialen Ausgleichs«, die Partei der »sozial Schwachen« zu sein, endgültig verlieren – und ebenso den damit verbundenen historischen Nimbus.

Die nach der verlorenen Bundestagswahl vom damaligen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz ausgegebene Zielsetzung, in die Opposition zu gehen, um dadurch die AfD besser »bekämpfen« zu können, basierte durchaus auf einer realistischen Einschätzung. Dies war zwar auch der Versuch, mit einer moralischen Begründung die eigene schwierige Lage zu kaschieren. Dennoch steckt in dieser »Selbstverpflichtung«, die Oppositionsrolle zu übernehmen, um der AfD nicht als größte Oppositionspartei die damit verbundenen Privilegien und daraus resultierende mediale Aufmerksamkeit zu überlassen, auch eine die parlamentarische Opposition stärkende Option. Damit hätte man möglicherweise einen ersten Ankerpunkt für eine inhaltliche Erneuerung gehabt und gleichzeitig einen gefährlich werdenden parteipolitischen Konkurrenten besser bekämpfen können.

»Wann wir schreiten Seit' an Seit' [...] mit uns zieht die neue Zeit«⁵²

Die SPD kann den sich verstärkenden gesellschaftlichen Spaltungen nur entgegenwirken, wenn sie sich gezielt den Wählerschichten und Milieus zuwendet, die sich

52 Dieser zugegebenermaßen etwas pathetische Bezug auf die »SPD-Hymne«, die am Schluss von SPD-Parteitagen immer gesungen wird, sei an dieser Stelle als stilistisches Mittel zur Infragestellung der ambivalenten Selbst- beziehungsweise Zustandsbeschreibung der SPD erlaubt. Die vollständige erste Strophe lautet: »Wann wir schreiten Seit' an Seit' und die alten Lieder singen und die Wälder widerklingen fühlen wir, es muß gelingen: Mit uns zieht die neue Zeit. Mit uns zieht die neue Zeit« (www.volksliederarchiv.de/wann-wir-schreiten-seit-an-seit/; Zugriff vom 15.01.2019).

sozioökonomisch und soziokulturell abgehängt fühlen.⁵³ Damit ist nicht gesagt, dass sie ihre freiheitlichen, linksliberalen Wertehaltungen aufgeben soll oder in eine Frontstellung zu den kosmopolitisch orientierten Milieus treten soll. Aber die mangelnde Positionierung wird die Partei weiter zerreiben. Die SPD wird auf dem Wählermarkt der sich kulturell und sozial ausdifferenzierten oberen Mittelschicht gegenüber den liberalen Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU/CSU, die darüber hinaus das etablierte (Bildungs-)Bürgertum und die konservativen Milieus erreicht, kaum größeres Wählerwachstum generieren können.⁵⁴ Bündnis 90/Die Grünen entwickelt sich gerade zu einer neuen »Volkspartei« der Mittelschicht und ist für Jamaika-Koalitionen oder schwarz-grüne Koalitionen eher bereit und inhaltlich sowie personell besser aufgestellt als für rot-rot-grüne Optionen, die auch rein rechnerisch auf längere Zeit ebenso illusorisch scheinen wie eine Regierung links der Mitte.

Der vermeintliche Glanz vergangener Zeiten eines rot-grünen Projekts ist Geschichte; zudem scheint sich die jetzige SPD-Parteiführung nun nach langem Hadern abrupt von der rot-grünen Agendapolitik verabschieden zu wollen. Die Grünen haben sich nicht nur »verbürgerlicht«, sondern sind inhaltlich und personell flexibler geworden und vertreten den neuen Parteitypus einer themen- beziehungsweise problemfokussierten und lösungsorientierten Politik mit wechselnden Koalitionspartnern. Es scheint, als halte ein neuer Pragmatismus Eingang in die Politik, der sich an den Notwendigkeiten von schwieriger gewordenen Regierungsbildungen orientiert und jedem Koalitionspartner gewisse Projekte überlässt, wobei man sich auf eine gemeinsame Basis von inhaltlichen Schnittmengen einigt, die jeder der Beteiligten für sich und seine Anhängerschaft noch irgendwie vertreten kann. Will sich zudem das linke Lager nicht noch weiter gegenseitig zerreiben, sollten sich SPD und Die Linke überlegen, deutlich enger zu kooperieren beziehungsweise langfristig eine strategische Kooperation anzuvisieren.

Die SPD kann nur *glaublich* die Interessen und Anliegen derjenigen vertreten, die sich abgehängt und verunsichert fühlen, wenn sie sich diesen Milieus sowohl sprachlich-habituell als auch programmatisch zuwendet. Programmatisch heißt dies, die *soziale Frage* neu im Kontext von Globalisierung, Digitalisierung und ökologischer Krise zu formulieren – ohne dabei die Interessen von Minderheiten aus den Augen zu verlieren.⁵⁵ Will die SPD die Vertretung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sein, muss sie deren Sorgen und Ängste *wahrnehmen* und ihnen Politikangebote machen, die sie unterstützen, und ihre Überforderungsgefühle und Verunsicherungen anerkennen. Symbolische Beteuerungen von sozialer Gerechtigkeit und halbherzige Reformen (zum Beispiel doppelte Haltelinie bei der Rente, Baukindergeld, Mietpreisbremse) werden dafür nicht ausreichen. Die angekündigte »große Sozialstaatsreform« könnte hingegen in die richtige Richtung weisen. Allerdings ist es eine

53 Vgl. unter anderem Hillebrand 2018; Cuperus 2017.

54 Vgl. unter anderem Hillebrand 2018.

55 Die bisherigen Vorschläge der SPD zur Gestaltung und sozialen Einhegung der Digitalisierung sind wenig konzeptionell; ein gesellschaftspolitischer Entwurf ist bisher nicht zu erkennen.

offene Frage, ob die Wähler/innen nach den Erfahrungen mit der Agenda 2010 und dem Schlinger-Kurs der letzten Jahre der SPD noch zutrauen, dass sie plötzlich ein völlig anderes Sozialstaatsmodell umsetzt, und ob sich die SPD dies letztlich selbst zutraut.

So wie der Sozialstaat Ende des 19. Jahrhunderts zur »Zähmung« eines ausbeuterischen kapitalistischen Systems erkämpft und in seinen Grundelementen von Bismarck obrigkeitstaatlich implementiert wurde, so stehen wir auch heute vor der Aufgabe, den Sozialstaat grundlegend umzubauen. Dies würde einen Systemwechsel in wichtigen (sozial)politischen Feldern und generell in der Zukunftsgestaltung bedeuten:⁵⁶ Wie wollen wir unter den globalen Herausforderungen in Zukunft leben? Was wird als Gemeinwohl definiert? Wer wird in welchem Ausmaß und wie zur Gestaltung des Gemeinwohls herangezogen? Wie solidarisch ist diese Gesellschaft mit wem?

Um diese Fragen zu beantworten, reicht es allerdings nicht, das »Hartz IV-System« überwinden zu wollen, ohne ein neues, wirklich durchdachtes Konzept zu haben.⁵⁷ Mit ihrem Debatten-Camp im November 2018 mag die SPD ein öffentlichkeitswirksames Signal an ihre Mitgliederbasis gesendet haben, diese bei der Erneuerung einzubeziehen. Die SPD, die mal für Fortschritt und Emanzipation stand, wird sich allerdings auch zukünftig daran messen lassen müssen, ob sie grundlegend durchdachte, an dem heutigen Wissensstand orientierte, zukunftsweisende und realistische Konzepte in zentralen Feldern der Politik vorzuweisen hat, aus denen klar und konturiert hervorgeht, *für wen* sie in erster Linie diese Politik machen will. Dabei wird die SPD nicht um die Klärung wichtiger Fragen und konfliktträchtiger Themen herumkommen, die ihre Wählerschaft in den unteren sozialen Segmenten umtreibt: die Migrationsfrage, die Themen soziale und innere Sicherheit, demografischer Wandel und ein soziales und dennoch finanzielles Rentensystem, die Zukunft der Arbeit und einen auf sozialen Ausgleich bedachten und dennoch finanziellen digitalisierten Sozialstaat.

Auch auf die strukturelle Krise der EU hat die SPD keine Antworten, obwohl dies ja die Domäne des letzten SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz war. Die Demokratiedefizite der bestehenden europäischen Institutionen wurden auch von ihr nach dem Brexit-Referendum nicht angegangen. Es ist unter den gegenwärtigen Krisenscheinungen der EU keineswegs ausgemacht, ob eine weitere Vertiefung der EU nach den alten Mustern oder mehr Flexibilisierung und eine größere Handlungsautonomie der Nationalstaaten mit einer projektorientierten Kooperation der bessere

56 Wie Uwe Schwarze und Kathrin Mittelstädt in der Analyse des Verhältnisses von »Cash und Care«-Leistungen bei der Sicherung des Existenzminimums zeigen, geht schon jetzt das Instrumentarium sozialpolitischer Steuerung über »reine« sozialrechtliche Regelungen hinaus und bezieht zivilrechtliche Regelungen sowie Ansprüche an (zivilgesellschaftliche) Teilhabe ein. So müsste der Sozialstaat der Zukunft erst recht »neue Teilhabe-Dimensionen wie digitale Teilhabe am Wirtschaftsgeschehen (»Basiskonto« u.a.), Zugänge zu grundlegenden Finanzdienstleistungen sowie Zugangsrechte zu entscheidungsrelevanten Informationen bei Krankheit, Alter und Pflege stärker berücksichtigen« (Schwarze, Mittelstädt 2018, S. 17).

57 Vgl. Nahles 2018, S. 10.

Weg ist.⁵⁸ Welche innovativen und realisierbaren Vorschläge zu einer Demokratisierung der EU-Institutionen und -Entscheidungsverfahren haben die SPD und ihre Spitzenkandidatin, Katarina Barley, für die Europawahl im Mai 2019 zu bieten? Ein halbes Jahr vor der Wahl ist dazu ebenso wenig Substanzielles zu vernehmen wie zur Überwindung der Stagnation in der Verteilung und Integration von Geflüchteten.⁵⁹

Die SPD müsste jedenfalls in vielen Politikfeldern eine inhaltlich *konfrontative* Konflikttausdragung wagen. In der derzeitigen Regierungsbeteiligung gelingt das nicht, wie das »Weiter so« in der Finanz- und Steuerpolitik sowie die unzulänglichen Reformen in der Sozial- und Migrationspolitik zeigen. Ein von der SPD selbst herbeigeführter oder verschuldeter Ausstieg aus der Großen Koalition würde allerdings im Moment noch weiteres Vertrauen zerstören.

Für eine potenzielle Erneuerung der SPD wurde ein wichtiges Zeitfenster mit dem Wieder-Eintritt in die Große Koalition verpasst; mit der inhaltlichen und personellen Unentschiedenheit in der Koalitionsfrage wurde zudem weiteres Vertrauen bei den Wähler/innen nachhaltig verspielt. Umso notwendiger wird es jetzt, dass die SPD die demokratische Herausforderung und Aufgabe ernst nimmt, der populistischen Konkurrenz von rechts konzeptionell und strategisch etwas entgegenzusetzen. Dies heißt, die von den etablierten Parteien aktuell kaum mehr repräsentierten Bevölkerungsgruppen und politisch enttäuschten Wähler/innen wieder stärker zu adressieren. Dazu werden die bisher auf den professionellen Politikbetrieb ausgerichtete (Medien-)Sprache und der an der (oberen) Mittelschicht orientierte Habitus ebenso wenig dienlich sein wie eine programmatiche Unentschiedenheit. Falls die SPD noch eine historische Aufgabe hat, bestünde diese darin, die AfD politisch, das heißt *inhaltlich*, und nicht mit einer moralisierend selbstgerechten Haltung zu »bekämpfen«. Dies würde einen souveränen Umgang mit den rechtspopulistischen Provokationen ebenso voraussetzen wie die Beantwortung von bedeutsamen Zukunftsfragen. Für welche Gesellschaft der Zukunft steht die SPD?

Die Repräsentationslücke, die die etablierten Parteien der AfD überlassen haben, wird die SPD damit jedoch nur in Teilen schließen können, auch wenn die Wähler/innen (wieder) glauben sollten, dass sie bei der SPD mit ihren Anliegen gehört und verstanden werden. Eine zusätzliche Aufgabe der SPD wäre es daher, eine aktive *politische Gemeinwesenarbeit* zu forcieren und gerade in den abhängigen Regionen und Stadtteilen mehr präsent zu sein.⁶⁰ Hier sollten die widerstreitenden und partikularen Interessen und Identitätspolitiken in einen auf Gemeinwohlaspekte

58 Vgl. hierzu auch Immerfall 2018, S. 619 ff.

59 Katarina Barley, die am 9. Dezember 2017 mit 99 Prozent zur SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl gewählt wurde, stellte in ihrer Rede den Kampf gegen den Rechtspopulismus und sozialpolitische Forderungen (europäischer Mindestlohn, europäische Sozialversicherung) in den Mittelpunkt (Barley in *Spiegel Online* vom 9. Dezember 2018). Wie diese Forderungen institutionell in der derzeit politisch zerstrittenen und kulturell gespaltenen EU umgesetzt werden sollen, erläuterte sie nicht.

60 Dies war übrigens in den 1990er Jahren das Erfolgsrezept der PDS in den neuen Bundesländern und wird jetzt von der AfD und den Parteien/Organisationen der extremen Rechten insbesondere in den neuen Bundesländern praktiziert.

ausgerichteten Aushandlungsprozess gebracht werden. Eine Abkehr von dem in der SPD immer schon vorherrschenden paternalistischen Politikverständnis (»Wir wissen schon, was für die Menschen gut ist«) ist dazu eine unabdingbare Voraussetzung. Dringend geboten wäre ebenso ein offenerer und souveränerer Umgang mit parteiinterner und externer Kritik (Rückbau der »Wagenburgmentalität«). Das würde aber auch eine Aufweichung des Top-down-Führungsstils in den Leitungsgremien der Partei und mehr innerparteiliche Demokratie bedeuten.⁶¹

Durch den vermehrten (direkten) Kontakt zu den Wähler/innen und Nichtwähler/innen würde den SPD-Parteivertretern nicht nur abverlangt, den bei Bürgerinnen und Bürgern angestauten Groll auszuhalten und diesen in sozialverträgliche Formen der Konflikttaustragung zu transformieren.⁶² Sie wären auch dazu angehalten, die Themen und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger wieder ernst zu nehmen und nachhaltig die *soziale* und *politische Ungleichheit* zu bekämpfen. Für die Parteiorganisation bedeutet dies, sich in Form und Inhalt einem konflikthaften, demokratischen Aushandlungsprozess zu öffnen. Wie dies mit den eingefahrenen Routinen einer basisfernen Funktionärsbürokratie und den Anforderungen professioneller Performance und Medienwirksamkeit in Einklang zu bringen ist, ist eine offene Frage. Sicher ist jedenfalls: Ein »Weiter so« wird den weiteren Niedergang der SPD wohl kaum aufhalten. Der Rechtspopulismus ist primär als *Symptom* und *Folge* struktureller Demokratie- und Repräsentationsdefizite zu betrachten und nicht als Ursache des zunehmenden Vertrauensverlusts großer Bevölkerungsteile in die repräsentative Demokratie schlechthin. Es ist an der Zeit, dass sich die SPD diesen strukturellen Ursachen zuwendet und von dem moralisierenden, hilflosen Antipopulismus ablässt.

Literatur

- Bothfeld, Silke 2018. »Die Zukunft des Sozialstaats in einer digitalisierten Welt«, in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 12, S. 41–45.
- Der Bundewahlleiter 2017. *Bundestagswahl 2017*. www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlenn/2017/ergebnisse/bund-99.html (Zugriff vom 30.09.2018).
- Cuperus, René 2017. »Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßen – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten«, in *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie*.

- 61 Vgl. Faus et al. 2018, S. 71–75 und 93–98. Entgegen den von Faus et al. formulierten Forderungen nach innerparteilicher Demokratie praktiziert die SDP-Parteiführung auch unter Beteiligung des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert weiterhin die alte »Machtlogik« in Hinterzimmern ihrer Berliner Parteizentrale (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 10. Dezember 2018, S. 4). Bei der Erstellung der Kandidatenliste für die Europawahl wurde nicht – wie dies in den vergangenen Auswahlverfahren der Fall war – nach den gewählten Listen der Landesverbände vorgegangen, sondern die Parteiführung griff bei der Erstellung der gemeinsamen Liste eigenmächtig und massiv ein, was für erheblichen Unmut der Landesverbände sorgte (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 6. Dezember 2018 und vom 10. Dezember 2018).
- 62 Der Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer (CDU), stellte sich beispielsweise in einem Bürgergespräch am 30. August 2018 mehr als 500 zum Teil sehr aufgebrachten Chemnitzer Bürgerinnen und Bürgern.

- tie. 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, hrsg. v. Hillebrand, Ernst, S. 151–160. Bonn: Dietz.
- Faus, Jana; Knaup, Horand; Rüter, Michael; Schroth, Yvonne; Stauss, Frank 2018. *Aus Fehlern lernen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2017*. Hannover: BWH Druckerei. www.spd.de/aktuelles/detail/news/aus-fehlern-lernen/11/06/2018/ (Zugriff vom 30.09.2018).
- Fraser, Nancy 2017. »Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus«, in *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, hrsg. v. Geiselberger, Heinrich, S. 77–91. Berlin: Suhrkamp.
- Gauland, Alexander 2018. »Bundestagsrede vom 12.9.2018 zur Drucksache 19/3400«, in *Plenarprotokoll 19/48* vom 12. September 2018, S. 5035B–5039B. Deutscher Bundestag. www.bundestag.de/dokumente/protokolle/protokolle/196740 (Zugriff vom 30.09.2018).
- Haug, Wolfgang Fritz 1992. »Zur Dialektik des Anti-Rassismus«, in *Das Argument* 34, 1, S. 27–52.
- Heisterhagen, Nils 2018. *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen*. Bonn: Dietz.
- Hillebrand, Ernst 2017. »Die Irrtümer der Linken und die Suche nach der richtigen Antwort«, in *Rechtspopulismus in Europa. Eine Gefahr für die Demokratie?* 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, hrsg. v. Hillebrand, Ernst, S. 175–182. Bonn: Dietz.
- Hillebrand, Ernst 2018. »Raus aus dem linksliberalen La La Land. Warum sich die Sozialdemokratie für die Kommunitaristen entscheiden muss«, in *IPG-Journal* vom 22. Oktober 2018. www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/raus-aus-dem-linksliberalen-la-la-land-3041/ (Zugriff vom 07.12.2018).
- Hochschild, Arlie Russel 2017. *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Immerfall, Stefan 2018. »Einbahnstraße Integration? Der Monnet-Mechanismus und seine Grenzen«, in *Leviathan* 46, 4, S. 619–628.
- Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver 2017. »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien«, in *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan*, Sonderband 32, hrsg. v. Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver, S. 163–186. Baden-Baden: Nomos.
- Jörke, Dirk; Selk, Veith 2015. »Der hilflose Antipopulismus«, in *Leviathan* 43, 4, S. 484–500.
- Jörke, Dirk; Selk, Veith 2017. *Theorien des Populismus. Zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- König, Helmut 2017. »Statt einer Einleitung. Populismus und Extremismus in Europa. Sondierungen einer Lage und Erklärungsversuche«, in *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven*, hrsg. v. Brömmel, Winfried; König, Helmut; Sicking, Manfred, S. 11–42. Bielefeld: transcript.
- Koppetsch, Cornelia 2013. *Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Koppetsch, Cornelia 2016. »Soziale Schließung, Nonkonformismus und Protest. Die Linke ist konservativ geworden und der Geist der Revolte wird von rechts inszeniert«, in *Index* 3, S. 32–42.
- Koppetsch, Cornelia 2018. »Soziologiekolumne. Eine Welle der Nostalgie. Die akademische Mittelschicht und die illiberale Gesellschaft«, in *Merkur* 832, S. 51–58.
- Kriesi, Hanspeter 2010. »Restructuration of partisan politics and the emergence of a new cleavage based on values«, in *West European Politics* 33, S. 673–685.
- Lynen von Berg, Heinz 2000. *Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990–1994)*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lynen von Berg, Heinz 2018. »Die Destruktivität der politischen Mitte«, in *Weser Kurier* vom 12. Juli 2018, S. 2.
- Merkel, Wolfgang 2018. »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt«, in *Flucht, Migration und die Linke in Europa*, hrsg. Bröning, Michael; Mohr, Christoph P., S. 299–313. Bonn: Dietz.
- Meyer, Henning 2018. »Gerechtigkeit braucht Sicherheit. Um Volkspartei zu bleiben, muss die SPD auf beide Themen setzen«, in *IPG Journal* vom 14. November 2018. www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/gerechtigkeit-braucht-sicherheit-3082/ (Zugriff vom 16.11.2018).

- Mouffe, Chantal 2017. *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. 7. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver 2017. *Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehen in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Nahles, Andrea (2018). »Abstieg verhindern, Aufstieg ermöglichen« (Gastbeitrag), in FAZ vom 17. November 2018, S. 10.
- Nölke, Andreas 2017. *Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken*. Frankfurt a. M.: Westend Verlag.
- Oesch, Daniel 2008. »Explaining workers' support for right-wing populist parties in Western Europe. Evidence from Austria, Belgium, France, Norway and Switzerland«, in *International Political Science Review* 29, 3, S. 349–373.
- Reckwitz, Andreas 2018. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. 6. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schulz, Martin 2018. »Zwischenbemerkung zur Rede von Alexander Gauland in der Bundestagsdebatte vom 12.9.2018 zur Drucksache 19/3400«, in *Plenarprotokoll 19/48* vom 12. September 2018, S. 5038C-5039A. Deutscher Bundestag. www.bundestag.de/dokumente/protokolle/protokolle/196740 (Zugriff vom 30.09.2018).
- Schwarze, Uwe; Mittelstät, Kathrin 2018. »Cash und Care – Entwicklungspfade der Sozialhilfe zwischen materieller Grundsicherung und personenbezogenen sozialen Diensten«, in *ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 4, S. 4–19.
- Thaa, Winfried 2018. »Liberale Identitätspolitik und die Kulturalisierung sozialer Ungleichheit«, in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 10, S. 38–41.

Zusammenfassung: Der Bindungsverlust der Volksparteien ist ein europaweit zu beobachtendes Phänomen, wovon in Deutschland insbesondere die SPD betroffen ist. Teile ihrer traditionellen Kernwählerschaften verliert die SPD vor allem an die AfD, die sich anschickt, die neue Arbeiterpartei zu werden. In diesem Beitrag werden die strukturellen Gründe für den Niedergang der SPD untersucht. Eine zentrale Frage ist zudem, ob die SPD über eine Strategie verfügt, den Rechtspopulismus nachhaltig zu bekämpfen.

Stichworte: Volksparteien, SPD, AfD, repräsentative Demokratie, Rechtspopulismus, Moralisierung

The Social Democratic Party's decline and its defenseless anti-populism

Summary: The crisis of the big parties at the political center is a European phenomenon; in Germany this is especially true of the Social Democratic Party (SDP). Many of the voters from its traditional voter base have gone over to the right-wing »Alternative for Germany« (AfD), which is gradually becoming the new worker's party. The paper analyses the structural reasons for the decline of the SPD and the growth of the AfD. A main question of the article is: Does the SPD have a sustainable conceptual strategy to combat right-wing populism?

Keywords: people's parties, Social Democratic Party (SPD), Alternative for Germany (AfD), representative democracy, right-wing populism, moralizing

Autor

Heinz Lynen von Berg
Hochschule Bremen
Fakultät Gesellschaftswissenschaften
Neustadtwall 30
28199 Bremen
heinz.lynen-von-berg@hs-bremen.de

Leviathan, 47. Jg., 1/2019